

Börsengang von Sandoz, Steigende Unfallzahlen von Radfahrern, Kirchensteuer nicht zeitgemäß

Börsengang von Sandoz

Der Pharmakonzern Novartis treibt seine Pläne zur geplanten Abspaltung der Generikasparte Sandoz voran. Nach langer strategischer Überprüfung hatte Novartis im August letzten Jahres (2022) angekündigt, Sandoz als eigenständiges Unternehmen abspalten zu wollen. Die Aktionäre sollen nun auf einer außerordentlichen Generalversammlung am 15. September 2023 über die Pläne abstimmen. Die Generikasparte soll sowohl an der Schweizer Börse SIX Swiss Exchange als auch über ein sogenanntes ADR-Programm (American Depositary Receipts) an der Börse in New York notiert werden. Wie nun mitgeteilt wurde, soll Sandoz am oder um den 4. Oktober 2023 an die Börse kommen. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Steigende Unfallzahlen von Radfahrern

In den vergangenen Jahren haben die Unfallzahlen von Radfahrern zugenommen. Thomas Bareiß hat sich nun für eine allgemeine Helmpflicht ausgesprochen. Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad, dadurch steige die Zahl der Unfälle rasant. Bisher besteht allerdings keine Helmpflicht für Radfahrerinnen und Radfahrer. Ein Helm könne aber bei einem Sturz vor vielen Kopfverletzungen schützen, heißt es etwa beim ADAC. Für die Bundestagsfraktion der Ampelkoalition ist eine Helmpflicht bislang keine Option. SPD und Grüne erklärten auf „Welt“-Anfrage, vor allem mit einer verbesserten Straßeninfrastruktur die Sicherheit von Fahrradfahrern stärken zu wollen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die

Zahl der getöteten Fahrradfahrer bei Verkehrsunfällen 2022 im Vergleich zum Vorjahr (2021) um rund 26 Prozent (!!) gestiegen. Insgesamt 474 Mal seien Fahrradfahrer tödlich verunglückt. ([Spiegel Online](#))

Kirchensteuer nicht zeitgemäß

In Deutschland finden rund drei Viertel der Menschen die Kirchensteuer nicht mehr zeitgemäß. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur hervor. 74 Prozent der Befragten gaben demnach an, dass sie das Einziehen der Kirchensteuer nicht mehr für zeitgemäß halten. Nur 13 Prozent hielten es für zeitgemäß. Weitere 13 Prozent machten keine Angaben oder hatten keine Meinung dazu. Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz (DKB) hat die katholische Kirche im vergangenen Jahr – trotz schwindender Mitgliederzahl – mehr als 6,8 Milliarden Euro Kirchensteuern eingenommen. Bei der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) waren es im selben Jahr mehr als 6,2 Milliarden Euro. Zu schaffen macht beiden großen Kirchen in den Zusammenhang der massenhafte Verlust von Mitgliedern. Allein 2022 trugen mehr als eine halbe Million (!) Menschen aus der katholischen und rund 380.000 aus der evangelischen Kirche aus. Inzwischen ist die Mehrheit der Deutschen nicht mehr Mitglied in einer der großen christlichen Kirchen. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))